

Martin Böhm

Mitglied des Bayerischen Landtags
AfD-Fraktion

- Bundes- und europapolitischer Sprecher der Fraktion
- Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europa-Angelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Rückfragen: 0171/4433555 (MdL-Büro Coburg)
Mail: martin.boehm@afdbayern.de
Homepage: www.mdl-boehm.de

Pressemitteilung

02.09.2021

Inflation in Deutschland massiv angestiegen: Sparer werden enteignet - Böhm fordert Abkehr von preistreibender Politik

Mit einer Steigerung von 3,9 Prozent im Vergleich zum August des Vorjahres hat die Inflation in Deutschland den Höchststand seit 28 Jahren erreicht. Dagegen liegt die Inflation in der gesamten EU mit durchschnittlich 3,0 Prozent deutlich unter derjenigen in Deutschland.

Der europapolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, Martin Böhm, äußert sich hierzu wie folgt:

„Deutschland war einst als erfolgreicher Wirtschaftsstandort mit stabiler und harter Währung bekannt. Heutzutage sind jedoch selbst Länder wie Italien, in denen Inflation und hohe Staatsverschuldung eine lange Tradition haben, besser aufgestellt als wir. Und dies dank der politisch erzwungenen Hilfe des deutschen Steuerzahlers, der diese Länder über die EU mitfinanziert!

Preistreiber wie die CO₂-Steuer beschleunigen diese Entwicklung, flankiert von der desaströsen Nullzinspolitik der EZB. Ein Einlenken der Regierungsparteien ist nicht zu erwarten, stattdessen weitere ideologisch motivierte Schröpfungen der Bürger bei gleichzeitig voranschreitender Zentralisierung der Entscheidungskompetenzen in Brüssel.

Für uns als AfD-Fraktion gilt es jedoch, vernunftbasiert und zukunftsorientiert zum Wohle des deutschen Volkes zu handeln, bevor es zu spät ist. Eine steigende Inflation ist für die Regierung verlockend, um Staatsschulden auf Kosten der Bürger abzubauen, sorgt aber mittel- bis langfristig für venezolanische Verhältnisse. Sollte es nicht schnellstmöglich zu einer Abkehr von der inflationstreibenden Finanzpolitik der EU sowie der EZB kommen, ist die Rückkehr zur nationalen Währung der einzige mögliche Weg zum Schutz der Kaufkraft und der Ersparnisse unserer Bürger.“